

Wertschöpfung

Folgen einer Deindustrialisierung in Bayern und in den bayerischen Regionen

vbw

Studie

Stand: September 2025

Eine vbw Studie, erstellt von der Prognos AG

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Deindustrialisierung stoppen, um Wohlstand in ganz Bayern zu sichern

Bayern ist Industrieland. Fast ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet – das ist mehr als in Deutschland und erst recht mehr als in Europa oder anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Doch in den letzten zehn Jahren hat die Bedeutung der Industrie abgenommen. Zwar sind Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie weiter gestiegen, aber langsamer als in anderen Wirtschaftsbereichen. Welche Folgen eine Deindustrialisierung für die bayerische Wirtschaft hat, untersucht die vorliegende Studie, die die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. bei der Prognos AG in Auftrag gegeben hat.

Hierbei werden nicht nur die Wertschöpfungsnetze der Industrie mit anderen Branchen untersucht, sondern auch Lieferbeziehungen zwischen den Regionen Bayerns. Es wird deutlich, dass auch eine partielle Deindustrialisierung in einzelnen Branchen oder in bestimmten Regionen negative Folgen für den gesamten Freistaat hätte. Die Industrie sorgt vor allem im Dienstleistungsbereich in nicht unerheblichem Maße für Wertschöpfung und Beschäftigung – und dies auch über regionale Grenzen hinweg.

Um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand im gesamten Freistaat zu sichern, muss Bayern Industrieland bleiben. Hierfür müssen sich die Rahmenbedingungen für Unternehmen am Standort Europa und am Standort Deutschland zügig und nachhaltig verbessern: niedrigere Arbeitskosten, geringere Energiekosten, sinkende Steuern und Abgaben sowie weniger Bürokratie – das sind die zentralen Stellschrauben, um die Deindustrialisierung zu stoppen.

Bertram Brossardt
16. September 2025

Inhalt

1	Hintergrund	1
2	Deindustrialisierung in Bayern	2
3	Bedeutung industrieller Produktionsnetze	7
4	Analyse regionaler Industrieschwerpunkte	12
5	Fazit	17
	Ansprechpartner/Impressum	18

1 Hintergrund

Eine Deindustrialisierung hat differenzierte Folgewirkungen

Die Industrie ist die zentrale Stütze der exportorientierten deutschen und bayerischen Wirtschaft. Eine starke Industrie sichert nicht nur hochqualifizierte Arbeitsplätze, sondern trägt auch maßgeblich zu Innovations-, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bei. Zudem sorgt die Industrie für Exporteinnahmen, die Deutschland im globalen Handel einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Besonders Bayern profitiert von einem dichten Netzwerk an Zulieferern und Forschungseinrichtungen, was die Region zusätzlich als Standort attraktiv macht und zur Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt.

Eine Verschiebung der Wirtschaftsleistung hin zum Dienstleistungsbereich – eine nachhaltige Deindustrialisierung – war in Deutschland, anders als beispielsweise in China und den USA, lange nicht zu beobachten. Seit spätestens 2016 sinkt der Wertschöpfungsbeitrag der Industrie in Deutschland allerdings sukzessive und stärker als in der Europäischen Union, bleibt aber nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Ein solcher industrieller Bedeutungsverlust führt nicht nur zu einer Abwanderung von Arbeitsplätzen, sondern gefährdet auch die Innovationskraft, die für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar ist. Zwar ist eine starke Volkswirtschaft durchaus mit einer schwachen Industrie möglich. Dies stellt allerdings Herausforderungen beispielsweise an die wirtschaftspolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen, die zumindest aktuell in Europa, Deutschland und Bayern nicht ideal für einen starken und produktiven Dienstleistungssektor sind.

Die Industrie ist nicht nur als direkter Wirtschaftsfaktor – als Produzent und Exporteur von Waren – von Bedeutung. Auch als zentrales Element von nationalen und regionalen Wertschöpfungsketten ist die Industrie sowohl in urbanen als auch in ländlichen Räumen eine feste Wirtschaftsgröße in Deutschland und in Bayern. Gerade die Bedeutung industrieller Fertigungsstrukturen für den ländlichen Raum darf nicht unterschätzt werden. Viele industrielle Zulieferer und unternehmensnahe Dienstleister sind regional um größere industrielle Fertigungszentren angesiedelt. Fällt ein solches industrielles Fertigungszentrum weg, gehen nicht nur direkt Arbeitsplätze und Wertschöpfung verloren. Den Vor- und Dienstleistern bricht der regionale Absatzmarkt weg – ausreichend alternative Absatzmöglichkeiten bestehen oftmals nicht. Die kurz- und mittelfristig negativen Folgen einer Deindustrialisierung gerade im ländlichen Raum werden deshalb vermutlich oftmals unterschätzt.

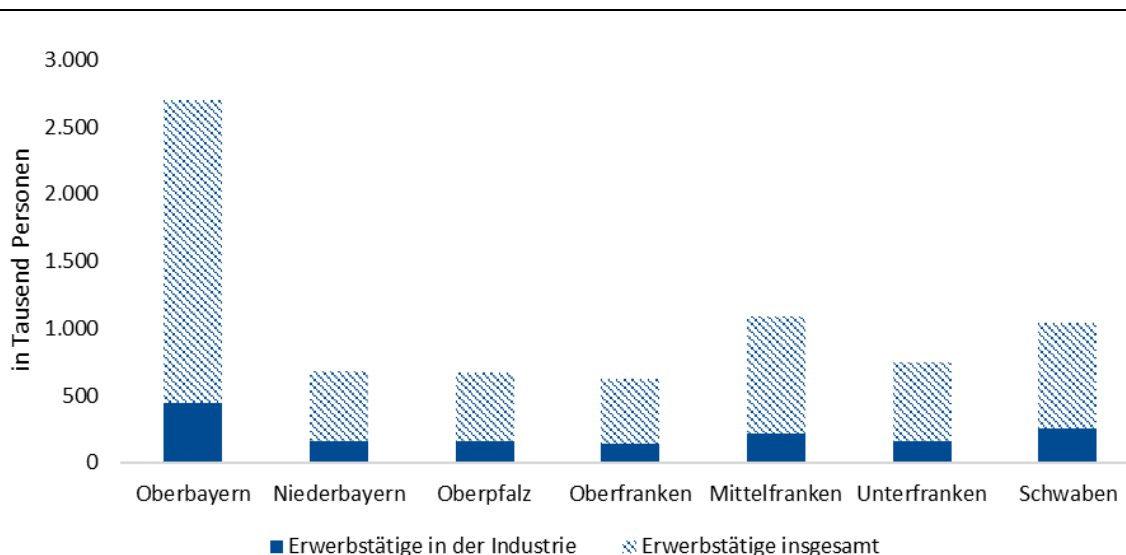
Ob Deindustrialisierung innerhalb Bayerns homogen verläuft, welche Zahl an Arbeitsplätzen in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in den einzelnen Regionen an der industriellen Fertigung hängt und wie stark die Abhängigkeiten zwischen bayerischen Regionen und Branchen derzeit tatsächlich sind, ist bisher nicht klar. Diese Kurzstudie schließt diese Lücke, indem diese Fragen auf einer belastbaren quantitativen Grundlage beantwortet werden.

2 Deindustrialisierung in Bayern

Die Deindustrialisierung schreitet regional unterschiedlich schnell voran

Insgesamt sind in Bayern rund acht Millionen Personen erwerbstätig - die mit Abstand meisten in Oberbayern mit gut 2,5 Millionen Erwerbstätigen. Die Bedeutung der Industrie in Bayern ist mit einem Anteil an der Wertschöpfung von insgesamt rund 23 Prozent deutlich höher als in Deutschland insgesamt (rund 20 Prozent). Entsprechend arbeiten in Bayern gut 1,5 Millionen Personen in Industrieunternehmen (Abbildung 1).

Abbildung 1
Erwerbstätige insgesamt und in der Industrie, Regierungsbezirke Bayern, 2024



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, eigene Darstellung.

Messung und Definition der Deindustrialisierung

Unter dem Begriff „Industrie“ werden innerhalb dieser Studie die Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, genauer die Branchen des Abschnitts C innerhalb der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ2008), verstanden. Entsprechend zählen die Wirtschaftszweige Bergbau, Energieversorgung und die Bauwirtschaft hier nicht zur Industrie. Deindustrialisierung ist definiert als der Rückgang des Anteils der Bruttowertschöpfung (bzw. der Erwerbstätigkeit in) der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (Erwerbstätigkeit). Absolut betrachtet kann die industrielle Bruttowertschöpfung steigen. Deindustrialisierung kann daher eine statistische Folge einer starken Entwicklung von Dienstleistungsbranchen sein.

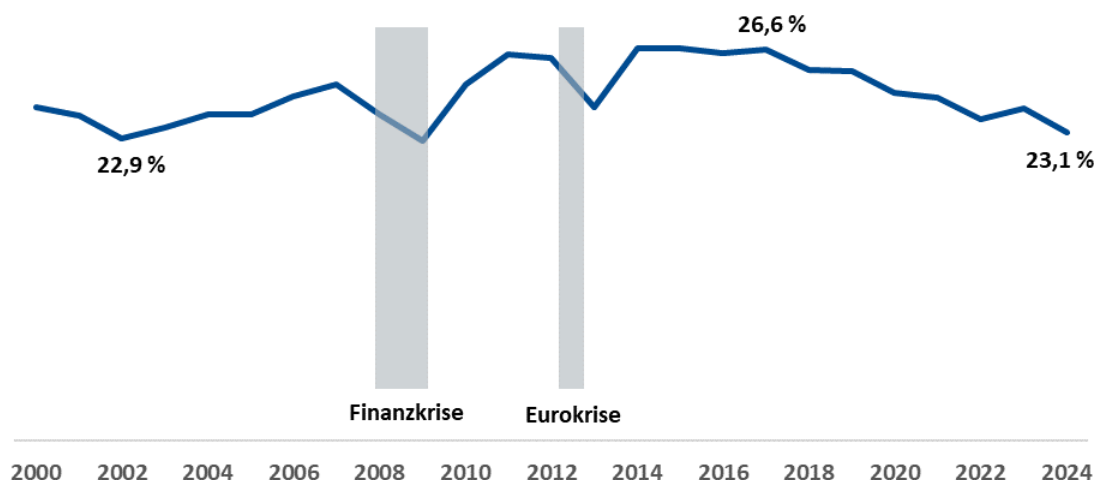
Die Analyse der Erwerbstätigenzahlen und der Bruttowertschöpfung auf der Ebene der Regierungsbezirke geht von Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) der Länder aus. Diese ermöglicht eine Untersuchung der Indikatoren bis zum Jahr 2022 auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte und kann entsprechend für die Regierungsbezirke aggregiert werden. Für die Bundesländer liegen die Daten bis zum Jahr 2024 vor.

Zur Fortschreibung der Daten zu Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in den Regierungsbezirken bis zum Jahr 2024 wurden die bayerische Bruttowertschöpfung und Regierungsbezirk-spezifische Bruttolöhne in der Industrie verwendet. Empirische Auswertungen zeigen, dass Daten zur Entwicklung von Bruttolöhnen in der Industrie eine sehr hohe Korrelation – zumindest für den Zeitraum 2006 bis 2022 in Bayern insgesamt - mit der Entwicklung der industriellen Bruttowertschöpfung aufweisen. Quelle für die Löhne in der Industrie ist das bayerische Landesamt für Statistik. Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in der Industrie wurden auf der Grundlage der Bruttolöhne fortgeschrieben.

Zwar ist die Bruttowertschöpfung sowie die Erwerbstätigenzahl in der Industrie in Bayern über die letzten Jahre gestiegen, der Anstieg in der Gesamtwirtschaft fiel jedoch noch stärker aus. Dadurch zeigt sich eine leichte Abnahme des Industrieanteils sowohl an der Wertschöpfung als auch – wenn auch weniger stark ausgeprägt – an der Erwerbstätigkeit. So hat der Bruttowertschöpfungsanteil der Industrie in Bayern von fast 27 Prozent im Jahr 2014 auf rund 23 Prozent im Jahr 2024 abgenommen (Abbildung 2). Allerdings wurde damit lediglich das Niveau des Jahres 2002 wieder erreicht. Die hier betrachtete Deindustrialisierung bezieht sich entsprechend auf die Dekade zwischen 2014 und heute.

Abbildung 2

Anteil der Bruttowertschöpfung der Industrie an der Bruttowertschöpfung insgesamt, Bayern 2000 bis 2024, in Prozent



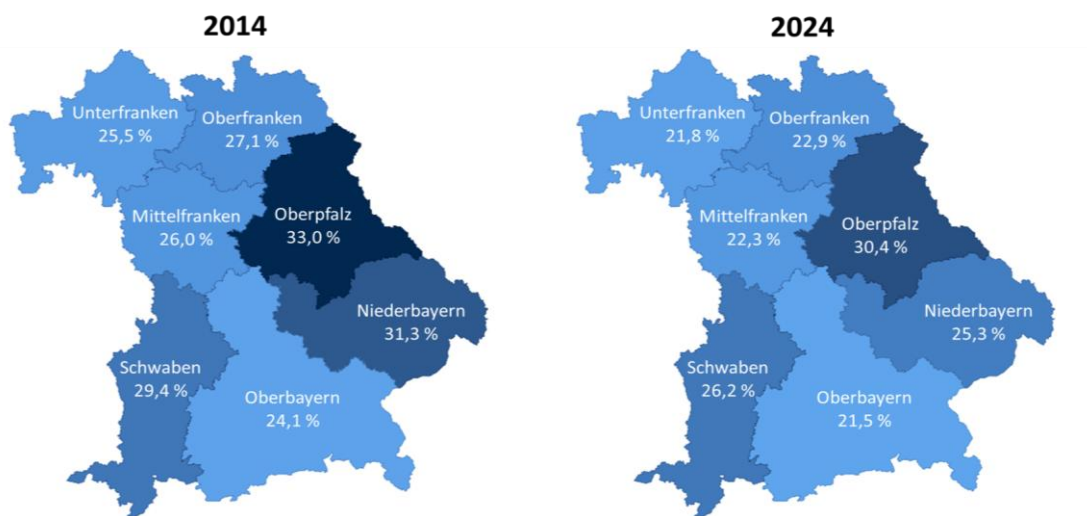
Quelle: Destatis, eigene Darstellung.

Der Rückgang des deutschen und bayerischen Industrieanteils über die letzten Jahre ist kein Sonderfall. Auch im breiten europäischen Vergleich ist eine rückläufige Tendenz beim Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung erkennbar. Zwar fiel der Rückgang des Industrieanteils im Durchschnitt der EU-Länder zwischen 2014 und 2024 mit einem Prozentpunkt geringer aus als in Deutschland und Bayern mit jeweils rund drei Prozentpunkten, die Industrie in Bayern und Deutschland ist aber trotzdem nach wie vor ein größerer Wirtschaftsfaktor als in im europäischen Ausland. Der Durchschnitt für die Länder der Europäischen Union (EU) liegt bei rund 16 Prozent. Einen etwas höheren Industrieanteil als Deutschland weist nur das Nachbarland Tschechien auf.

Zwischen den EU-Staaten zeigen die Daten eine langsame Angleichung der Industrieanteile an der gesamten Bruttowertschöpfung an. Länder mit einem vergleichsweise hohen Industrieanteil wiesen einen stärkeren Rückgang auf als Länder, die von einem geringen Ausgangsniveau gestartet sind.

Abbildung 3

Anteil der Bruttowertschöpfung der Industrie an der Bruttowertschöpfung insgesamt, Regierungsbezirke Bayern, 2014 und 2024, in Prozent



Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik, Destatis, eigene Berechnungen; Karten © Euro-Geographics.

Für die bayerischen Regierungsbezirke zeigt sich eine solche Angleichung nicht. So lag der Industrieanteil in der Oberpfalz 2014 mit 33,0 Prozent am höchsten, gefolgt von Niederbayern mit 31,3 Prozent. Bis 2024 sank der Industrieanteil allerdings in Niederbayern (-6,0 Prozentpunkte) erheblich stärker als in der Oberpfalz, sodass nun Schwaben mit 26,2 Prozent einen höheren Industrieanteil aufweist als Niederbayern mit 25,3 Prozent. Oberfranken musste ebenfalls einen überdurchschnittlichen Rückgang des Industrieanteils hinnehmen. In der Tendenz ist die Industrie aber weiterhin in den Bezirken am stärksten, wo sie es schon 2014 war (Abbildung 3).

Deindustrialisierung in Bayern

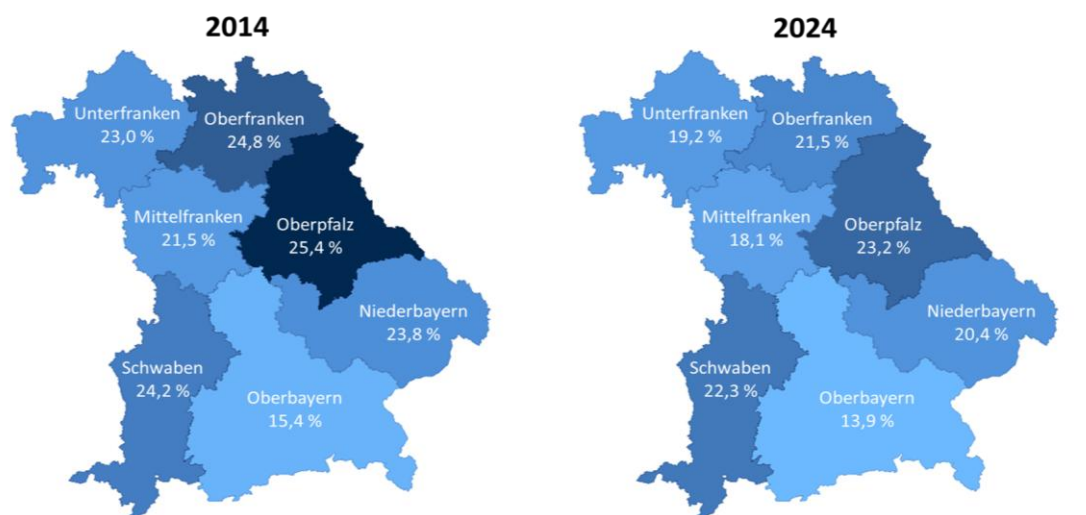
Zu erwähnen ist, dass im betrachteten Zeitraum von 2014 bis 2024 die Bruttowertschöpfung der Industrie in jedem bayerischen Regierungsbezirk gestiegen ist. Grund für den Rückgang des Industrieanteils war also keine sinkende industrielle Wertschöpfung, sondern ein stärkeres Wachstum der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor.

Zieht man anstelle der Bruttowertschöpfung die Zahl der Erwerbstätigen heran zeigt sich ein vergleichbares Bild. Der Erwerbstätigenanteil der Industrie hat in allen sieben Regierungsbezirken zwischen 2014 und 2024 abgenommen. Auffällig ist, dass Niederbayern und Schwaben einen deutlich geringeren Rückgang des Industrieanteils gemessen an der Erwerbstätigen verzeichneten als gemessen an der Bruttowertschöpfung (Abbildungen 3 und 4). Eine naheliegende Interpretation ist, dass hier vor allem wenig arbeitsintensive industrielle Produktionsprozesse abgebaut bzw. verlagert wurden, z.B. weitgehend automatisierte Fertigungsprozesse im Kraftwagenbau.

In den drei fränkischen Regierungsbezirken ging die Erwerbstätigenzahl in der Industrie zwischen 2014 und 2024 absolut zurück. In den anderen Regierungsbezirken stieg die Erwerbstätigkeit in der Industrie an, allerdings langsamer als im Dienstleistungssektor. Die Folge war ebenfalls eine abnehmende Bedeutung der Industrie.

Abbildung 4

Anteil der Erwerbstätigkeit der Industrie an der Erwerbstätigkeit insgesamt, Regierungsbezirke Bayern, 2014 und 2024, in Prozent



Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik, Destatis, eigene Berechnungen; Karten © Euro-Geographics.

Deindustrialisierung ist ein im Wesentlichen mittelfristiges Phänomen. Angesichts des dynamischen geo-ökonomischen Umfelds ist es allerdings angebracht, auch kurzfristige Entwicklungen am aktuellen Rand in den Blick zu nehmen. Daten zu Bruttoentgelten sowie

Umsatzzahlen für das erste Quartal 2025 legen nahe, dass sich die Deindustrialisierung weiter fortsetzt.

Im Ergebnis zeigt sich, dass in den letzten Jahren in der Europäischen Union, in Deutschland, in Bayern insgesamt und in den bayerischen Regierungsbezirken eine Deindustrialisierung – also ein Bedeutungsverlust der Industrie - stattgefunden hat. Das Ausmaß der Deindustrialisierung unterscheidet sich allerdings deutlich zwischen den verschiedenen bayerischen Regierungsbezirken. Vor allem in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberfranken sank der Industrieanteil seit 2014 deutlich.

3 Bedeutung industrieller Produktionsnetze

Die bayerische Industrie ist in Produktionsnetze eingebunden – auch überregional

Industriell produzierende Unternehmen schaffen nicht nur Wertschöpfung und damit verbundene Arbeitsplätze an ihrem jeweiligen Standort, sondern sind überregional in industrielle Produktionsnetzwerke eingebettet. Die Industrie ist sowohl auf Vorleistungen aus anderen industriellen Branchen als auch auf Dienstleistungen angewiesen. Diese Vorleister müssen nicht im selben Regierungsbezirk angesiedelt sein. Hinzu kommen Wertschöpfung und Arbeitsplätze, die durch die Konsumausgaben der direkt und indirekt Beschäftigten gesichert werden. Diese werden im Folgenden als Teil der indirekten Erwerbstätigen mit ausgewiesen.

Der Fokus liegt in diesem Kapitel 3 und im folgenden Kapitel 4 auf der Darstellung der direkten und indirekten Erwerbstätigkeit in Bayern. Diese ist zumindest auf regionaler Ebene aussagekräftiger. Die direkten und indirekten Effekte auf die Bruttowertschöpfung sind ähnlich, Zahlen dazu werden im Text zum Teil mitgeliefert.

Die Bedeutung solcher industrieller Produktionsnetzwerke in den bayerischen Regierungsbezirken reicht weit über die in der amtlichen Statistik erfasste Industrie hinaus. Zusätzlich zu den gut 1,5 Millionen direkt Erwerbstätigen in bayerischen Industriebetrieben, die 2024 rund 170 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung erbrachten, arbeiten weitere rund 450.000 Personen in Dienstleistungsbranchen indirekt für die Industrie. Diese generierten 2024 rund 80 Milliarden Euro an Wertschöpfung. Dies sind beispielsweise Logistikunternehmen, die industrielle Güter transportieren oder Informationsdienstleister, die digitale Prozesse in industriellen Produkten implementieren. Rechnerisch kommt damit auf gut vier Erwerbstätige in Industriebetrieben ein Erwerbstätiger bei einem Dienstleister.

Genutzte Datenbasis und Abgrenzung der bayerischen Sektoren

Ausgangspunkt für die folgenden Analysen sind amtliche Daten zu Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit des Statistischen Landesamts Bayern. Diese werden ergänzt um Berechnungen zu den regionalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Branchen in den Regierungsbezirken Bayern und in anderen Regionen Deutschlands sowie im Ausland. Dazu wurde das Prognos-eigene regionalökonomische Modell REGINA genutzt. Auf dessen Grundlage wurden Input-Output-Beziehungen zwischen Regierungsbezirken in Bayern ausgewertet und mit den amtlichen Daten verknüpft.

Im Kern werden im Rahmen dieser Studie drei Gruppen von Branchen zusammengefasst, die jeweils einen Sektor bilden. Diese drei Sektoren „Industrie“, „unternehmensnahe Dienstleistungen“ sowie „sonstige Dienstleistungen“ wurden anhand der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ2008) abgegrenzt. Diese drei Gruppen weisen unterschiedliche

Bedeutung industrieller Produktionsnetze

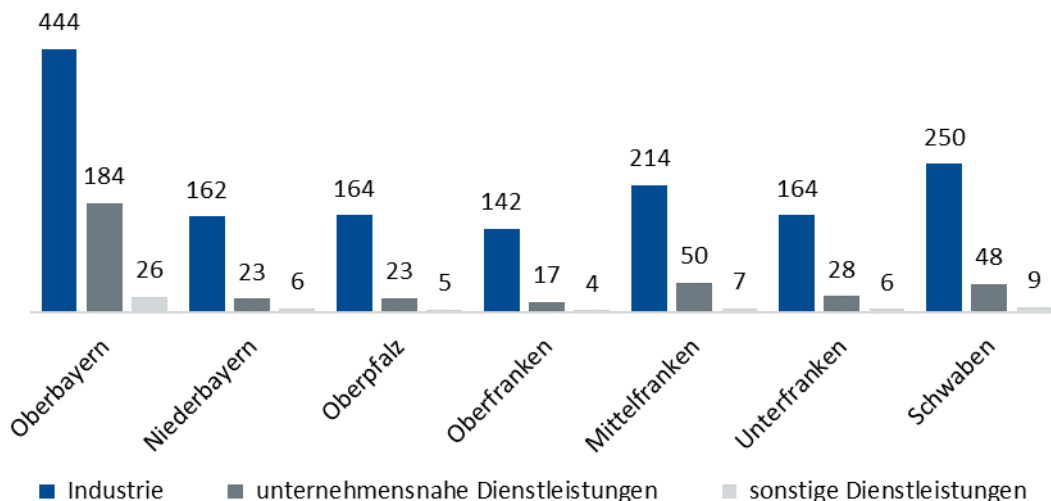
Beschäftigungsintensitäten auf. Das heißt, dass für die Produktion von Vorleistungen für die Industrie identischen Wertes unterschiedlich viele Erwerbstätige beschäftigt sind.

- Unter dem Begriff „Industrie“ werden innerhalb dieser Studie die Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, genauer die Branchen des Abschnitts C innerhalb der WZ2008, verstanden. Entsprechend zählen die Wirtschaftszweige Bergbau, Energieversorgung und die Bauwirtschaft hier nicht zur Industrie.
- Zu den „unternehmensnahen Dienstleistungen“ gehören die Wirtschaftszweige der Abschnitte G bis N der WZ2008 und damit Branchen wie Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation oder freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen.
- „Sonstige Dienstleistungen“ beinhalten die Abschnitte O bis T gemäß der WZ2008. Dies betrifft beispielsweise die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen oder Kunst, Unterhaltung und Erholung. Zusätzlich sind hier die Wirtschaftszweige Bergbau, Energieversorgung und die Bauwirtschaft berücksichtigt.

Vor allem oberbayerische Dienstleistungsunternehmen tragen zum bayerischen industriellen Produktionsnetzwerk bei. Zu den 444.000 Erwerbstätigen in der Industrie in Oberbayern kommen 184.000 Erwerbstätige in unternehmensnahen Dienstleistungsbetrieben sowie 26.000 Erwerbstätige in sonstigen Dienstleistungsbetrieben (Abbildung 5). In Oberbayern sind somit 654.000 Erwerbstätige direkt oder indirekt für die Industrie in Bayern tätig.

Abbildung 5

Direkte und indirekte Erwerbstätigkeit durch die Industrie, Bayern, 2024, in Tausend Personen



Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

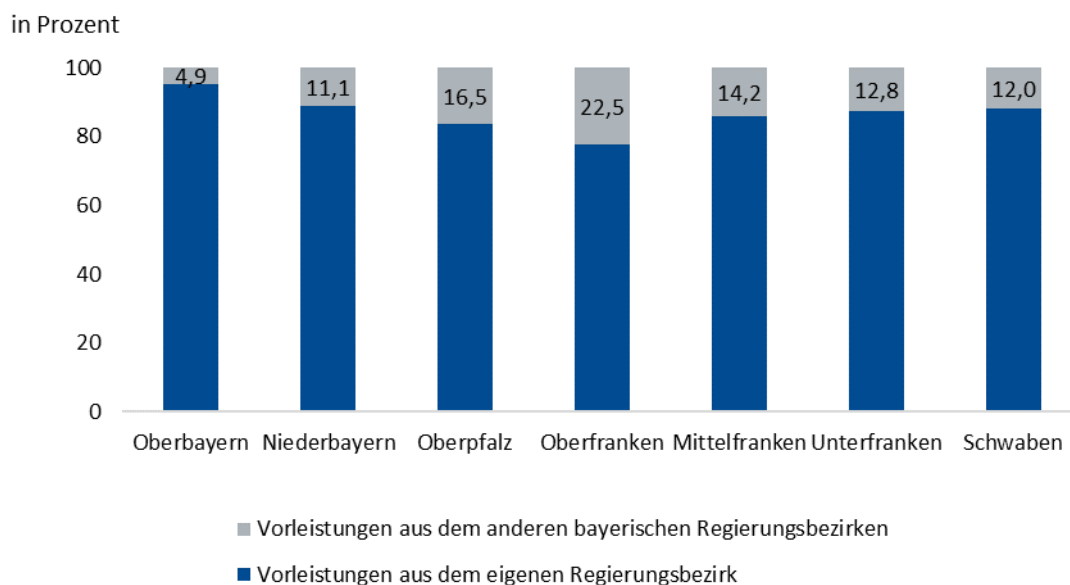
Bedeutung industrieller Produktionsnetze

Damit arbeiten 28 Prozent der in Oberbayern indirekt oder direkt für die Industrie in Bayern Erwerbstätigen bei unternehmensnahen Dienstleistern. Weitere vier Prozent arbeiten bei sonstigen Dienstleistungsunternehmen. In den anderen Regierungsbezirken Bayerns ist der Dienstleistungsanteil deutlich geringer - beispielsweise in Oberfranken. Dort sind nur gut zehn Prozent (oder 17.000 Personen) der direkt oder indirekt für die bayerische Industrie Erwerbstätigen bei unternehmensnahen Dienstleistern bzw. 2,5 Prozent (4.000) bei sonstigen Dienstleistern beschäftigt. Im Durchschnitt Bayerns liegt der entsprechende Anteil der unternehmensnahen Dienstleistungen bei 19 Prozent, der Anteil der Sonstigen Dienstleistungen bei drei Prozent.

Industrielle Produktionsnetzwerke enden nicht an der Grenze eines Regierungsbezirks, Vor- und Dienstleistungen können aus anderen bayerischen Regierungsbezirken bezogen werden (Verflechtungen mit anderen Regionen in Deutschland und dem Ausland werden in diese Studie nicht untersucht). Die entsprechenden Anteile schwanken erheblich. Beispielsweise stammen nur fünf Prozent der insgesamt von der oberbayerischen Industrie bezogenen bayerischen Vor- und Dienstleistungen aus anderen Regierungsbezirken (Abbildung 6). Dies ist darauf zurückzuführen, dass Oberbayern als mit Abstand wichtigster Industriestandort von Ansiedlungen von Vor- und Dienstleistern profitiert und deshalb kaum auf andere Regierungsbezirke angewiesen ist. Im Gegensatz dazu nutzen Industriebetriebe in Oberfranken zu 22,5 Prozent Vor- und Dienstleistungen aus anderen bayerischen Regierungsbezirken.

Abbildung 6

Anteil der aus Bayern bezogenen Vorleistungen für die industrielle Produktion nach Regierungsbezirken, 2024, in Prozent



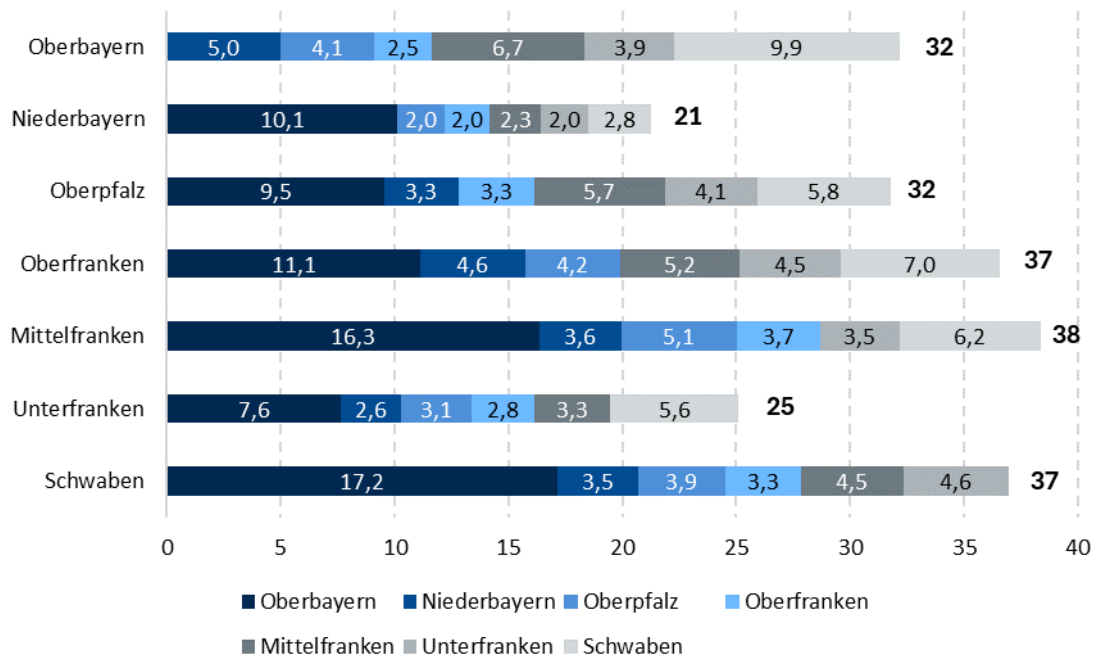
Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Bedeutung industrieller Produktionsnetze

Insgesamt arbeiten knapp 250.000 Erwerbstätige in Bayern für die Erbringung zwischenregionaler Vor- und Dienstleistungen für die Industrie – also solcher, die nicht im eigenen Regierungsbezirk genutzt werden. Die wichtigsten industriellen Abnehmer dieser zwischenregionalen Vor- und Dienstleistungen sind Mittelfranken, Schwaben und Oberfranken. Jeweils 37.000 bzw. 38.000 Erwerbstätige in den jeweils sechs anderen Regierungsbezirken Bayerns erbringen Vor- und Dienstleistungen für diese drei Regionen (Abbildung 7).

Abbildung 7

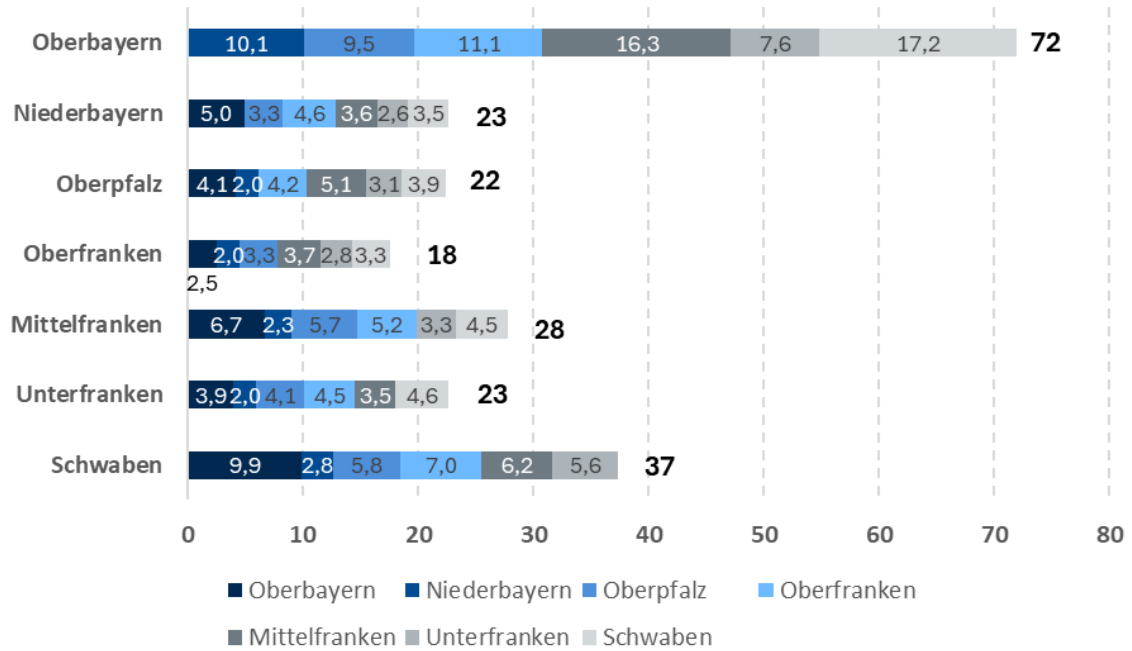
Direkte und indirekte Erwerbstätigkeit durch zwischenregionale Nachfrage der Industrie, nach Zielregion, 2024, in Tausend Personen



Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Wichtigster Regierungsbezirk für die Produktion zwischenregionaler Vor- und Dienstleistungen für die Industrie ist Oberbayern. Insgesamt erbringen in Oberbayern gut 70.000 Erwerbstätige industrielle Vor- und Dienstleistungen, die in anderen bayerischen Regierungsbezirken gebraucht werden. Hiervon arbeiten jeweils rund 17 Tausend Personen für die Produktion von Vor- und Dienstleistungen für die schwäbische und mittelfränkische Industrie (Abbildung 8). Der zweitwichtigste Regierungsbezirk ist Schwaben. Hier arbeiten 37 Tausend Erwerbstätige für die Produktion von Vor- und Dienstleistungen, die in anderen bayerischen Regierungsbezirken industriell genutzt werden. Die geringste Bedeutung als Produzent von industriell genutzten Vor- und Dienstleistungen für andere bayerische Regierungsbezirke hat Oberfranken. Rund 18 Tausend Erwerbstätige arbeiten hier für die bayerische Industrie außerhalb des eigenen Regierungsbezirks.

Abbildung 8
 Direkte und indirekte Erwerbstätigkeit durch zwischenregionale Nachfrage der Industrie, nach Herkunftsregion, 2024, in Tausend Personen



Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem Oberbayern ein wichtiger Standort für die bayerische Industrie ist. Dort sind im bayernweiten Vergleich die meisten mit der Industrie verknüpften Arbeitsstellen angesiedelt. Zudem wird deutlich, dass Dienstleister in erheblichem Ausmaß von der Nachfrage der Industrie profitieren. Rechnerisch kommen in Bayern durchschnittlich auf gut vier Erwerbstätige in Industriebetrieben ein Erwerbstätiger bei einem Dienstleister. Überregionale Lieferbeziehungen sind moderat ausgeprägt. So beziehen die meisten Industriebetriebe ihre Vor- und Dienstleistungen aus demselben Regierungsbezirk. Dennoch arbeiten gut 250.000 Personen in Bayern für die Produktion von Vor- und Dienstleistungen, die in anderen Regierungsbezirken weiter genutzt werden.

4 Analyse regionaler Industrieschwerpunkte

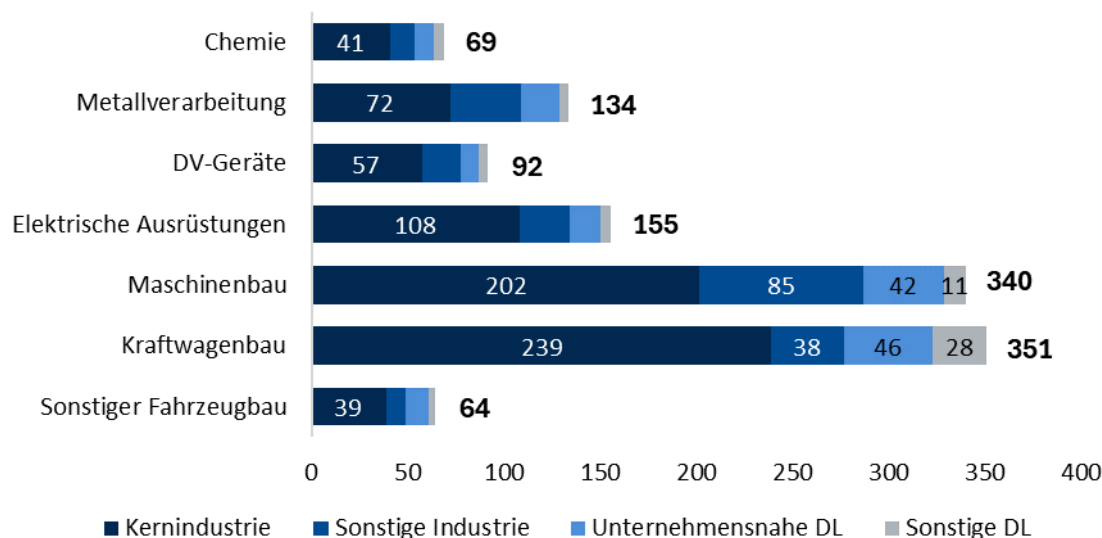
Deindustrialisierung trifft Branchen und Regionen unterschiedlich

Abhängigkeiten von industrieller Nachfrage sind nicht für alle Branchen und Regierungsbezirke Bayerns identisch. Entsprechend unterscheidet sich auch die regionale Vulnerabilität gegenüber strukturellen Veränderungen wie der Deindustrialisierung.

Eine Betrachtung sieben ausgewählter Industriebranchen in Bayern zeigt, dass der Kraftwagenbau und der Maschinenbau mit gut 20 Milliarden Euro direkter und indirekter Wertschöpfung und mit 351.000 bzw. 340.000 direkt und indirekt abhängigen Erwerbstätigen die mit Abstand wichtigsten Industrien Bayerns sind (Abbildung 9).

Abbildung 9

Direkte und indirekte Erwerbstätigkeit durch ausgewählte Industriebranchen, 2024, in Tausend Personen



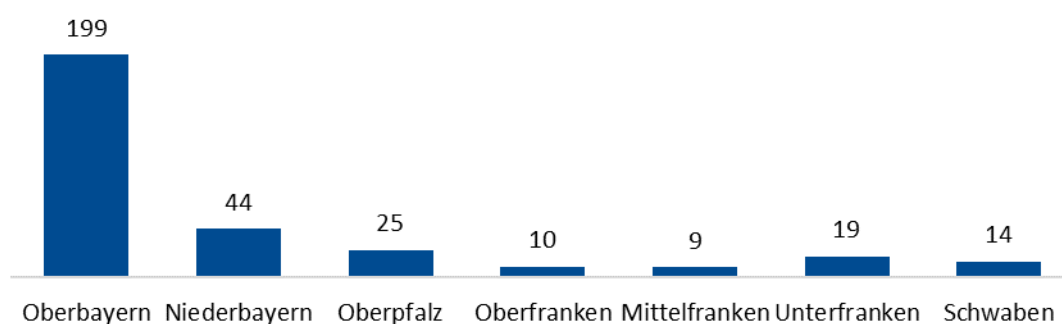
Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Der Großteil der erzeugten Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Kraftwagen- und Maschinenbau entfällt auf die eigene Branche (Kernindustrie), in denen 239.000 bzw. 202.000 Beschäftigte tätig sind. Hinzu kommen 38.000 bzw. 85.000 Erwerbstätige in anderen Industriebranchen, 46.000 bzw. 42.000 Erwerbstätige in vom Kraftwagenbau und Maschinenbau abhängigen unternehmensnahen Dienstleistungen sowie 28.000 bzw. 11.000 Erwerbstätige in sonstigen Dienstleistungsbranchen.

Eine regionale Betrachtung der direkten und indirekten Erwerbstätigkeit durch die zwei größten Branchen Kraftwagenbau und Maschinenbau zeigt deutliche Unterschiede in regionalen Schwerpunkten zwischen den industriellen Branchen. Die Analyse der direkten und indirekten Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit durch den Kraftwagenbau verdeutlicht, dass dieser eine ausgeprägte regionale Konzentration in Oberbayern aufweist. Mit einer Wertschöpfung von 28,2 Milliarden Euro und einem Erwerbstätigeneffekt von 199.000 Personen entfallen über 60 Prozent der direkt und indirekt erzeugten Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit des Kraftwagenbaus auf Oberbayern (Abbildung 10). Ein Grund sind die Produktions- und Entwicklungsstandorte der OEMs in den oberbayerischen Städten München und Ingolstadt. Hinzu kommen zahlreiche Zulieferbetriebe, die im direkten Umfeld der Hersteller angesiedelt sind. Durch zwischenregionale Vor- und Dienstleistungsbeziehungen profitieren vom Kraftwagenbau in Oberbayern aber auch Betriebe in den anderen bayerischen Regierungsbezirken.

Abbildung 10

Direkte und indirekte Erwerbstätigkeit durch den Kraftwagenbau, 2024, in Tausend Personen



Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

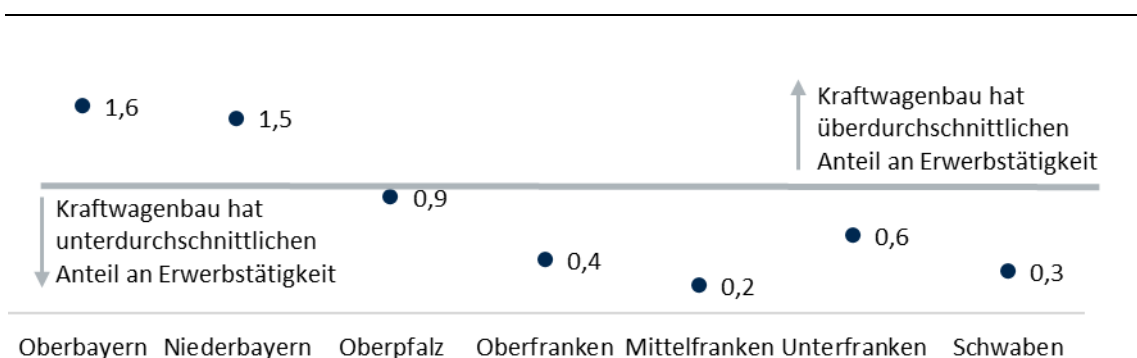
Aus dieser Betrachtung geht allerdings nicht hervor, ob die Regierungsbezirke im Kraftwagenbau relativ zu ihrem gesamtwirtschaftlichen Gewicht in Bayern einen Schwerpunkt aufweisen. Um solche Schwerpunkte zu identifizieren, wird der Anteil eines Regierungsbezirks an den direkten und indirekten Erwerbstätigen des Kraftwagenbaus in Bayern insgesamt bestimmt. Zusätzlich wird der Anteil eines Regierungsbezirks an allen bayerischen Erwerbstätigen ermittelt.

Das Verhältnis aus diesen beiden Anteilen zeigt auf, ob der Kraftwagenbau als Wirtschaftsfaktor in einem Regierungsbezirk über- oder unterdurchschnittlich vertreten ist. Liegt der Wert dieses Verhältnisses über 1, zeigt dies eine überdurchschnittliche Bedeutung an. Umgekehrt zeigt ein Wert unter 1 an, dass der Kraftwagenbau in diesem Regierungsbezirk eine im bayerischen Vergleich unterdurchschnittliche Bedeutung hat.

Die Auswertung dieser Untersuchung bestätigt den regionalen Schwerpunkt in Oberbayern für den Kraftwagenbau (Abbildung 11). Auch Niederbayern weist eine überproportionale Präsenz des Kraftwagenbaus auf, geprägt durch den Produktionsstandort Dingolfing-Landau sowie das Zuliefernetz.

Abbildung 11

Verhältnis zwischen dem Anteil der direkten und indirekten Erwerbstätigen des Kraftwagenbaus und dem Anteil aller Erwerbstätigen, 2024

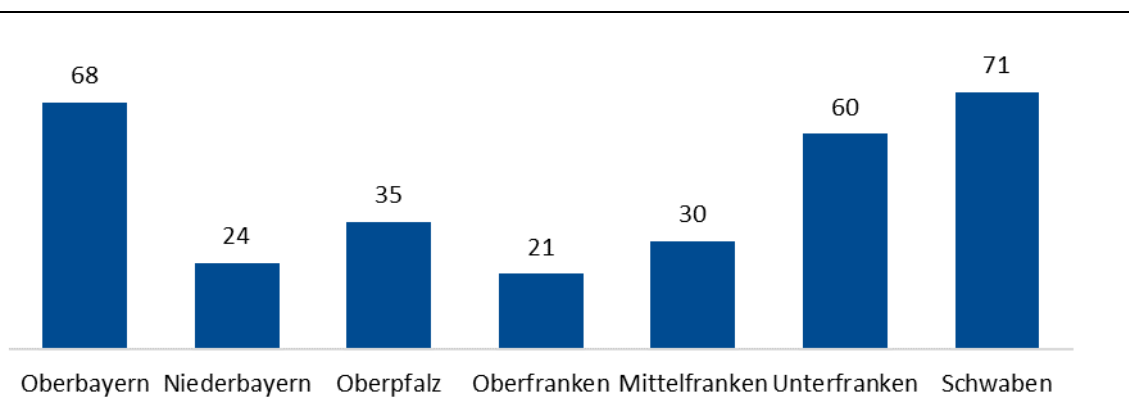


Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Der Maschinenbau hat dagegen insbesondere in Schwaben und Oberbayern eine hohe Bedeutung. Die Branche sorgt in diesen beiden Bezirken für direkte und indirekte Wertschöpfung in Höhe von rund fünf Milliarden Euro. Entsprechend ist hier auch die Erwerbstätigenwirkung mit 71.000 und 68.000 Personen am höchsten (Abbildung 12). Auch in Unterfranken sorgt der Maschinenbau für hohe Erwerbstätigenzahlen.

Abbildung 12

Direkte und indirekte Erwerbstätigkeit durch den Maschinenbau, 2024, in Tausend Personen

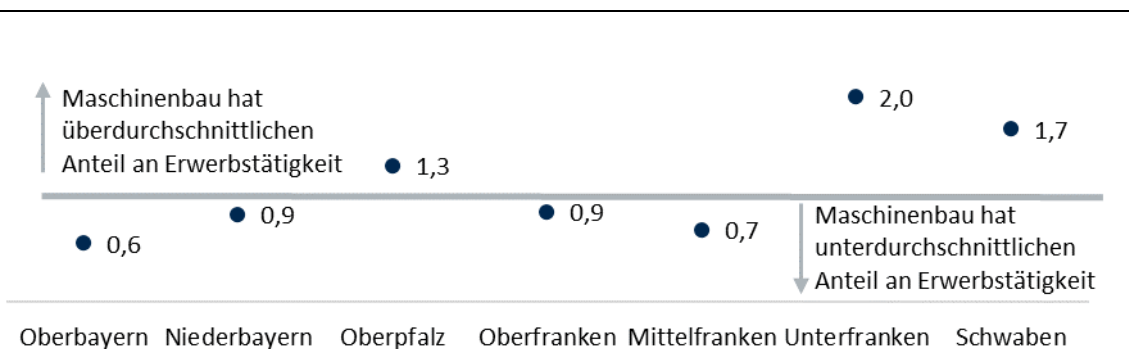


Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Eine Untersuchung der relativen Bedeutung des Maschinenbaus in den Regierungsbezirken zeigt, dass der Maschinenbau in der Oberpfalz, in Unterfranken und in Schwaben stärker vertreten ist, als es die Anteile dieser Regierungsbezirke an den bayerischen Erwerbstätigen vermuten ließen (Abbildung 13). Besonders ausgeprägt ist dieser industrielle Schwerpunkt in Unterfranken. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass der Maschinenbau in Oberbayern trotz der hohen absoluten Erwerbstätigenwirkung relativ nur schwach vertreten ist

Abbildung 13

Verhältnis zwischen dem Anteil der direkten und indirekten Erwerbstätigen des Maschinenbaus und dem Anteil aller Erwerbstätigen, 2024

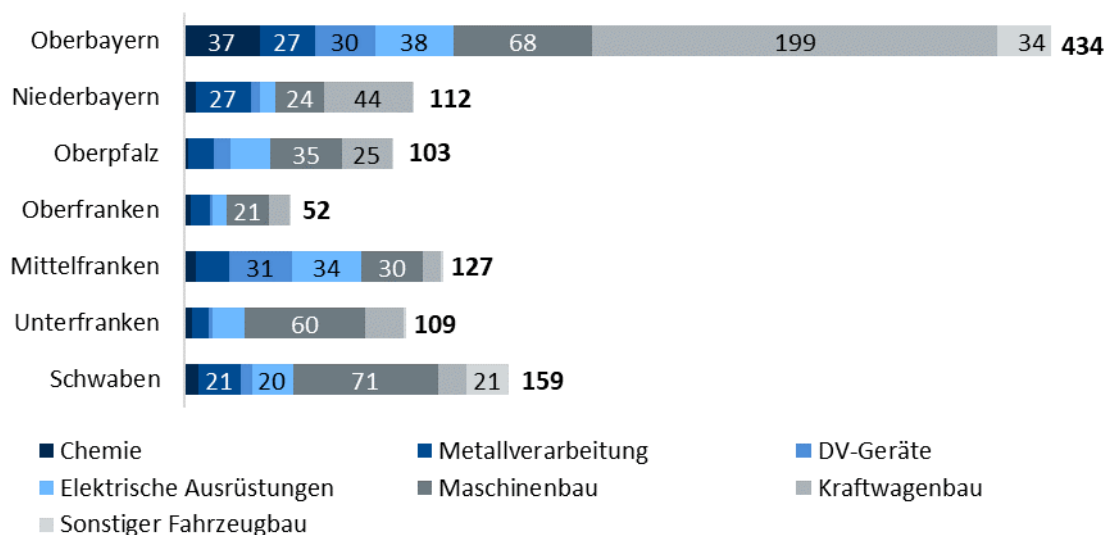


Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Auch in den anderen betrachteten Industriebranchen zeigen sich regionale Schwerpunkte, sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zur Erwerbstätigkeit in den Regierungsbezirken (Abbildung 14). Eine hohe Zahl Erwerbstätiger weist auf einen industriellen Schwerpunkt der Branche in dem Regierungsbezirk hin. Damit einher geht aber auch eine verstärkte Verwundbarkeit des Regierungsbezirks im Fall einer Deindustrialisierung in dieser Branche, da dann viele Erwerbstätige in der Region von Arbeitsplatzverlusten betroffen wären.

Abbildung 14

Direkte und indirekte Erwerbstätigkeit durch ausgewählte Branchen, 2024, in Tausend Personen



Quellen: Destatis, eigene Berechnungen.

Im Ergebnis zeigt sich erneut die herausragende Bedeutung des Kraftwagenbaus in Oberbayern. Der Maschinenbau in Unterfranken und Schwaben ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Auffällig ist zudem die große Bedeutung der Branche DV-Geräte in Mittelfranken. Diese führt nicht nur direkt und indirekt zu einer Erwerbstätigkeit von 31.000 Personen. Sie ist in dem Regierungsbezirk auch stark überproportional vertreten. Der Sonstige Fahrzeugbau ist in Oberbayern und Schwaben eine bedeutende und überproportional vertretene Industrie und stark auf diese Regierungsbezirke konzentriert: Die Bruttowertschöpfungs- und Erwerbstätigeneffekte der Branche fallen zu über 90 Prozent in diese beiden Regierungsbezirke.

5 Fazit

Eine starke Industrie sichert regionale Jobs über die Industrie hinaus

Während die Industrie in Deutschland und in Bayern lange Jahre ein stabiler Wirtschaftsfaktor gewesen ist, zeigen Auswertungen amtlicher Daten seit 2014 eine schleichende Deindustrialisierung – auch am aktuellen Rand. Dieser Prozess geht in den bayerischen Regierungsbezirken unterschiedlich schnell voran. Während der Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung vor allem in Niederbayern und Oberfranken deutlich gesunken ist, fiel die Deindustrialisierung in der Oberpfalz oder in Oberbayern schwächer aus.

Ein Bedeutungsverlust der Industrie in Deutschland und in Bayern ist zumindest kurz- und mittelfristig unter den gegebenen wirtschaftspolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen aus verschiedenen Gründen nachteilig:

- Industrieunternehmen stehen in der Regel im internationalen Wettbewerb, sind deshalb produktiver und sorgen für stabile und gut entlohnte Beschäftigung.
- Zudem ist die Industrie ein Vorreiter bei der Entwicklung von Innovationen und der Etablierung neuer Technologien.
- Nicht zuletzt ist die Industrie als Abnehmer von Vor- und Dienstleistungen ein wichtiger Akteur für Zulieferer und unternehmensnahe Dienstleistungen.

Die in dieser Studie untersuchten regionalwirtschaftlichen Abhängigkeiten zeigen, dass auf gut vier Arbeitsplätze in der Industrie ein weiterer Arbeitsplatz im Dienstleistungssegment kommt. Mit anderen Worten sind zusätzlich zu den 1,5 Millionen Erwerbstätigen in der Industrie in Bayern rund 450.000 Personen bei direkten Dienstleistern von der bayerischen industriellen Fertigung abhängig – vor allem bei unternehmensnahen Dienstleistern. Durch eine Verlagerung von Produktionsstätten weg aus Bayern gehen entsprechend zusätzliche Jobs in Dienstleistungssegmenten, aber auch bei industriellen Zulieferern verloren, die nicht direkt von der Verlagerung betroffen sind. Hinzu kommen längerfristige Nachteile wie ein Verlust an industriellem Know-How und an Standortattraktivität. Dies kann über die Zeit zu Kaskadeneffekten der Deindustrialisierung führen.

Durch regionale industrielle Cluster sind Regierungsbezirke in Bayern nicht einheitlich von einer Deindustrialisierung betroffen. Wesentlich ist, welche Branche bspw. von Verlagerungen von Produktionsstätten betroffen ist. So weisen die Regierungsbezirke Schwaben und Unterfranken einen Schwerpunkt beim Maschinenbau auf, während Mittelfranken am stärksten von einem Rückgang der industriellen Fertigung in der Elektrotechnik und Ober- sowie Niederbayern im Kraftwagenbau betroffen ist.

Ansprechpartner/Impressum

Volker Leinweber

Leiter der Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133
volker.leinweber@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2025

Weitere Beteiligte

Prognos AG

Dr. Andreas Sachs
089 95 41 586-702
andreas.sachs@prognos.com

Philipp Kreuzer
0211 91 316-104
philipp.kreuzer@prognos.com